

Anlage 11: Auseinandersetzung mit den im bzw. nach dem Erörterungstermin vorgelegten juristischen Stellungnahmen (Stand: 04.05.2018)

I. Von Pro Teuto e.V. im EÖT vorgelegte juristische Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Niederstadt vom 29.01.2018

(vgl. hierzu "...Anh_RA_Niederstadt...")

In der juristischen Stellungnahme wird die Forderung nach einer FFH-Verträglichkeitsprüfung für eine Vertiefung der genehmigten Abgrabung in Lengerich-Hohne wiederholt. Wie in der im Beteiligungsverfahren von Pro Teuto e.V. (im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt – LNU NRW) eingereichten Stellungnahme lautet die Begründung, dass

1. für die Sicherung der Rohstoffversorgung für einen Versorgungszeitraum von 35 Jahren das durch eine Vertiefung zur Verfügung stehende Rohstoffvolumen berücksichtigt werde.

Darüber hinaus wird angemerkt, dass

2. es einen inneren Widerspruch gäbe, zwischen der Berücksichtigung des gesamten Rohstoffvolumens in „Hohne“, obwohl in dem als plausibel beurteiltem Gutachten nur bis zu einer bestimmten Tiefe der Abbau FFH-verträglich sei

und es wird darauf hingewiesen, dass

3. nach der Festlegung in Grundsatz 9.1-3 des LEP nur „nach Möglichkeit“ eine „vollständige Gewinnung eines Rohstoffes“ erfolgen solle.

In Bezug auf die FFH-Verträglichkeitsprüfung werden

4. die Forderungen hinsichtlich Inhalt und Reichweite der Prüfung bekräftigt.

Erwiderung:

1. Die Regionalplanungsbehörde bleibt bei Ihrer bisherigen Beurteilung. In der Umweltprüfung werden die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Festlegungen des Regionalplans auf die verschiedenen Schutzgüter erfasst und bewertet. Bei Abgrabungsbereichen wird die flächenmäßige Ausdehnung festgelegt, nicht die Abbautiefe. Folglich erfolgt die FFH-Verträglichkeitsprüfung für eine etwaige Tieferlegung des Steinbruches "Hohne" nicht auf Ebene der Regionalplanung. Geprüft wird die FFH-Verträglichkeit in dem erforderlichen Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.
2. Den vermuteten Widerspruch gibt es nicht. Bei der Ermittlung des zur Verfügung stehenden Rohstoffvolumens ist nur die Abbautiefe berücksichtigt worden, die nach dem als plausibel beurteiltem Gutachten FFH-verträglich ist.

3. Der Grundsatz des LEP ist berücksichtigt worden. Mit der Prüfung des vorgelegten Gutachtens zur Tieferlegung auf Plausibilität ist gleichzeitig auch die „Möglichkeit“ einer vollständigen Gewinnung geprüft worden.
4. Den Bedenken wird weiterhin nicht gefolgt. Ausführlich hat sich damit die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Synopse auseinandergesetzt.

II. Von dem Unternehmen Dyckerhoff vorgelegte juristische Stellungnahme von BRANDI Rechtsanwälte vom 09.02.2018 mit juristischer Stellungnahme von Prof. Dr. Schink vom Januar 2018 als Anlage

(vgl. hierzu "...Anh_Brandi_RA...")

Stellungnahme von BRANDI Rechtsanwälte

Ergänzend und vertiefend zu der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung abgegebenen Stellungnahme wird in der juristischen Stellungnahme

1. angeregt, das Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein erst nach Inkrafttreten der Änderungen des LEP fortzusetzen
2. darauf hingewiesen, dass Kohärenzsicherungsmaßnahmen bei der Prüfung, ob eine erhebliche Beeinträchtigung eines FFH-Gebiets vorliegt, berücksichtigt werden können
3. kritisiert, dass der bisher aus dem Abgrabungsbereich „Hohne“ gedeckte Bedarf an Mergel-Karbonatgestein durch die Festlegung von Abgrabungsbereichen gedeckt werde, die für das Unternehmen Dyckerhoff nicht erreichbar wären.
4. bemerkt, dass die Gemeinde Neuenkirchen Bedenken geäußert habe gegen die Festlegung des Kalksteinvorkommens am Thieberg in der Karte der wertvollen Lagerstätten. Darüber hinaus sei diese Lagerstätte auch für das Unternehmen Dyckerhoff wirtschaftlich unerreichbar.
5. Bezug genommen auf die beigefügte Stellungnahme von Prof. Dr. Schink in der darauf hingewiesen wird, dass zum Zeitpunkt der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein die Rohstoffversorgung für einen Zeitraum von 35 Jahren sicher zu stellen sei. Auf diesen Zeitpunkt müsste sich daher auch das Gewicht der öffentlichen Interessen bei der Abweichungsprüfung beziehen.

Erwiderung:

1. Die Landesregierung plant, den LEP NRW in einigen Punkten zu ändern. Davon betroffen ist auch das Kapitel 9 zur Rohstoffversorgung. Die Landespla-

nungsbehörde hat dazu mit Schreiben vom 21.12.2017 das Scoping eingeleitet und über die angedachten textlichen Änderungen informiert. Sie betreffen mit Blick auf diesen Sachlichen Teilplan die künftige Rechtswirkung der dargestellten BSAB und die künftige Aufnahme von Reservegebieten für die langfristige Rohstoffversorgung in die Erläuterungen des Regionalplans. Von größerer Bedeutung könnte die angedachte Änderung von Ziel 9.2-1 sein, Abgrabungsbereiche künftig in der Regel als Vorranggebiete festzulegen. Allerdings wird in dem neuen Ziel auch gefordert, in besonderen Konfliktlagen weiterhin Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten festzulegen. Gegenwärtig sind die angedachten LEP-Änderungen rechtlich lediglich als Absichtserklärungen einzustufen. Sie besitzen daher noch nicht den Charakter von „Zielen in Aufstellung“, die sonstige Erfordernisse gemäß § 4 Abs. 1 i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen sind. Vor diesem Hintergrund werden im Sachlichen Teilplan Kalkstein die Abgrabungsbereiche weiterhin als Vorranggebiete mit Eignungswirkung dargestellt. Zugleich ist damit in der Abwägung als gewichtiger Grund auch berücksichtigt worden, dass die Abgrabungsbereiche für die übrigen Rohstoffarten im Regionalplan Münsterland mit der gleichen Rechtswirkung festgelegt worden sind. Eine Änderung der BSAB-Darstellung als Vorranggebiete mit Eignungswirkung bleibt somit bei entsprechender Rechtskraft der angedachten LEP-Änderung einem Regionalplan-Anpassungsverfahren für alle Abgrabungsbereiche im Münsterland vorbehalten.

Darüber hinaus haben die übrigen Unternehmen, die im Plangebiet Kalkstein abbauen und verarbeiten, wiederholt ihr hohes Interesse an einer baldigen Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein geäußert.

2. Den Bedenken wird weiterhin nicht gefolgt (s. Synopse der Höheren Naturschutzbehörde zu der Stellungnahme von Prof. Dr. Schink)
3. In den Erläuterungen zu Ziel 9.1-1 des LEP ist festgelegt: „Planerische Rohstoffsicherung ist die Vorsorge für die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft und sichert nicht einzelne Betriebsstandorte“. Entscheidend ist folglich die volkswirtschaftliche Dimension einer Rohstoffgewinnung und nicht das Interesse einzelner Unternehmen an einem besonders wirtschaftlichen Bereich. An der Produktion von Tiefbohrzement besteht ein volkswirtschaftliches Interesse, so dass dem erforderlichen Rohstoff substantiell Raum zu geben ist. Dieser Raum ist mit dem genehmigten Steinbruch „Höste“ vorhanden. Nach Angaben des Unternehmens Dyckerhoff aber kann der Tiefbohrzement wirtschaftlich nur im Verbund mit sog. „Grauzement“ produziert werden. Ein von der Regionalplanungsbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt im Ergebnis die Angaben des Unternehmens. Somit gewährleistet nur eine Verbundproduktion am Standort Lengerich die Versorgung der Wirtschaft mit Tiefbohrzement. Um hierfür substantiell Raum zu geben, wäre eine Erweiterung des Steinbruches „Hohne“ erforderlich.

Durch eine Erweiterung würde das FFH-Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ erheblich beeinträchtigt, so dass ein Abgrabungsbereich nur dann festgelegt werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 BNatSchG erfüllt sind. Eine Alternative zur Verbundproduktion ist nach dem Ergebnis der raumordnerischen Betrachtung nicht gegeben. Es bleibt zu prüfen, ob „aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses“ der Eingriff in das FFH-Gebiet zu rechtfertigen ist. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tiefbohrzements ist dabei ein öffentliches Interesse. Da der in Lengerich produzierte Tiefbohrzement allerdings zu 100 % exportiert wird, kommt der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung kein so hohes Gewicht zu. Auch unter Berücksichtigung der weiteren öffentlichen Interessen kommt die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Abweichungsprüfung daher zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Interessen gegenüber der Integrität des FFH-Gebiets nicht überwiegen.

Substantiell Raum ist grundsätzlich dann gegeben, wenn der im LEP festgelegte Versorgungszeitraum von 35 Jahren abgedeckt ist. Nach den Erläuterungen zu Ziel 9.2-2 aber ist „eine Unterschreitung der Zeiträume ... möglich, wenn sich im Rahmen der Abwägung ergibt, dass geeignete Flächen für 20 bzw. 35 Jahre nicht zur Verfügung stehen“. Nach dem Ergebnis der Abweichungsprüfung ist die zur Sicherstellung der Verbundproduktion für einen Versorgungszeitraum von 35 Jahren benötigte Fläche nicht geeignet.

Der Sicherung der Versorgung mit dem für die Produktion des Grauzements insbesondere erforderlichen Rohstoffes Mergel-Karbonatgestein kann an anderer Stelle substantiell Raum gegeben werden. Die Abgrabungsbereiche im Kreis Warendorf sichern die Versorgung mit dieser Rohstoffqualität für 35 Jahre.

4. Schon im Kalkgutachten ist die Lagerstätte am Thieberg als besonders wertvoll identifiziert worden. Um sie für eine langfristige Rohstoffversorgung zu sichern, ist sie in die Erläuterungskarte aufgenommen worden. Die dort dargestellten Lagerstätten entsprechen dem Darstellungskonzept des Sachlichen Teilplans, insbesondere liegen sie außerhalb von Wasserschutzgebieten. Die Befürchtung der Gemeinde Neuenkirchen, die öffentliche Trinkwasserversorgung könne gefährdet werden, ist folglich unbegründet.

Was die wirtschaftliche Erreichbarkeit durch das Unternehmen Dyckerhoff anbelangt s. Erwiderung zu Nr. 3.

5. Den Bedenken wird weiterhin nicht gefolgt. Ausführlich hat sich damit die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Synopse zu dem Gutachten von Prof. Dr. Schink auseinandergesetzt.

Stellungnahme von Prof. Dr. Schink

In der gutachterlichen Stellungnahme wird die Ansicht vertreten, dass

1. die Frage, ob die Firma Calcis auf die Kalksteinvorkommen in der Abgrabung "Höste" trotz fehlenden Eigentums an der Abgrabungsfläche zugreifen kann, in der Abwägung hätte berücksichtigt werden müssen.
2. die Schlussfolgerung, allein wegen des Flächenverlusts von 4 % liege eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebiets vor, unzutreffend sei.
3. es genüge, wenn es für die Durchführung des Vorhabens zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses gäbe. Diese müssten keine europäische Dimension haben.
4. die Prognoseunsicherheit nicht abwertend im Hinblick auf das Gewicht der öffentlichen Belange Sicherung der Rohstoffversorgung für die Herstellung von Tiefbohrzement und Arbeitsplatzsicherheit angesetzt werden dürfe. Schließlich müsse die Festlegung von Abgrabungsbereichen eine langfristige Verfügbarkeit sicherstellen.
5. die Gewichtigkeit des Integritätsinteresses des FFH-Gebiets nicht zutreffend bestimmt worden sei.
6. Maßnahmen zur Kohärenzsicherung im Rahmen der Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen seien.

Erwiderung:

1. Das Interesse der Firma Calcis an einer Erweiterung ihrer Abgrabung wurde bei der Planaufstellung umfassend berücksichtigt. Dem Erweiterungswunsch wurde jedoch nicht entsprochen, da der raumordnerische Vorsorgeauftrag mit der Qualität Cenoman-Karbonatgestein u.a. durch die bereits genehmigte Abgrabungsfläche "Höste" hinreichend gewährleistet ist. Der Abgrabungsbereich "Höste" unterliegt lediglich nicht dem Zugriff der Firma Calcis, wird jedoch durch die Firma Dyckerhoff, die Eigentümerin der Fläche ist, genutzt und dient somit der Verwirklichung des Planungszwecks.
2. Den Bedenken zu den o. g. Punkten 2 bis 6 wird weiterhin nicht gefolgt. Ausführlich hat sich damit die Höhere Naturschutzbehörde in ihrer Synopse auseinandergesetzt.